

Die "Zweite Generation" - Transformation und sozialer Wandel aus Sicht neuer politischer Eliten

Fehr, Helmut

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Fehr, H. (2006). Die "Zweite Generation" - Transformation und sozialer Wandel aus Sicht neuer politischer Eliten. In K.-S. Rehberg (Hrsg.), *Soziale Ungleichheit, kulturelle Unterschiede: Verhandlungen des 32. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in München. Teilbd. 1 und 2* (S. 1025-1041). Frankfurt am Main: Campus Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-144811>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die »Zweite Generation« – Transformation und sozialer Wandel aus der Sicht neuer politischer Eliten

Helmut Febr

1. Einleitung

In der Transformationsforschung überwiegen makrosoziologische Ansätze, die vor allem in zwei Hinsichten Mängel aufweisen: Erstens: Die Ungleichzeitigkeiten der seit 1989 abgelaufenen politischen, kulturellen und ökonomischen Modernisierungsprozesse sind bisher nicht abgehandelt worden. Zweitens: In der Untersuchung von Elitenbildung und -wandel werden Dimensionen der Generationenkonflikte, der Milieubindungen und der Handlungserfahrungen neuer politischer Akteure vernachlässigt. Diese Defizite in der vergleichenden Eliten- und Transformationsforschung sind einmal das Ergebnis einseitiger makrosoziologischer Perspektiven, in denen kulturelle Rahmenbedingungen und lebensgeschichtliche Dimensionen für das Elitenhandeln ausgeblendet werden (Wasilewski/Wnuk-Lipinski 1995; Highley 1996; Eyal/Szeleny u.a. 1998; Bürklin u.a. 1997). Zugleich verweisen die angeführten Forschungsdefizite auch auf Leerstellen in der Untersuchung des politischen und sozialen Wandels der Transformationsgesellschaften Ostmitteleuropas (einschließlich des »Sonderfalls« Ostdeutschland): Es gibt wenig empirisch gesichertes Wissen über *Elitenkulturen* und biografisch vermittelte Handlungserfahrungen neuer politischer Akteure.

Mein Beitrag setzt an dieser Stelle an. Auf der Grundlage von empirischem Datenmaterial (achtzig offene Interviews, schriftliche Dokumente und unveröffentlichte Materialien), das im Rahmen einer von der DFG geförderten vergleichenden Untersuchung über Legitimitätskonflikte und Elitenwandel in Polen, der Tschechischen Republik und Ostdeutschland am Lehrstuhl für Geschichte Ostmitteleuropas der Humboldt Universität Berlin von Soziologen/innen und Zeithistorikern aus den drei Ländern von 2001 bis 2003 erhoben worden ist, wurden a) Typen des Elitenhandels rekonstruiert, die für Übergänge von biografischen und politischen Wandlungsprozessen kennzeichnend sind und b) politische Rahmendeutungen (»frames«) auf der Grundlage der Interviews und Dokumente inhaltsanalytisch bestimmt, die im konflikthaften Übergang von den Transitionseliten zur »zweiten Generation« eine entscheidende Rolle spielten. Im ersten Teil meines Beitrags behandle ich ausgewählte Haltungstypen, die für die neuen politischen Eliten kenn-

zeichnend sind. Daran anschließend werden vergleichende Gesichtspunkte zur Elitenbildung und Elitenkultur in den drei Gesellschaften der Region diskutiert.

2. Akteure und Haltungstypen

Unter der *ersten Generation* werden im Folgenden die »moralischen« (Gegen-)Eliten von 1989 (Transitionseliten) aufgefasst, die Herkunftsmilieus, ein bestimmtes Ethos des Handelns und häufig ähnliche politische Lebensläufe verbanden. Unter der *zweiten Generation* werden in der Elitenforschung (Frentzel-Zagórska/Wasilewski 2000) diejenigen Akteure bestimmt, die seit Mitte der neunziger Jahre als »nachrückende« Generation unter Gesichtspunkten von Alter, Ausbildung und Handlungsorientierungen, wie Machtkalkülen und Karriereambitionen, Parallelen aufweisen, in der Beurteilung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft allerdings ungleichzeitige und ungleiche Einstellungen vereinen. Damit sind auch die Grundannahmen unseres Vergleichs bezeichnet: Die Handlungsorientierungen der neuen politischen Eliten sind nicht durch Pole wie »professionalisiert« (»zweite Generation«) vs. »geistesgeschichtlich gebildet« (»Transitionseliten«) zu bestimmen. Vielmehr findet sich auf der Grundlage unserer Materialien eine Spannweite von Orientierungen, die auf heterogenen Verbindungen beruhen. Daraus ist eine Schlussfolgerung zu ziehen, die für die vergleichende Elitenforschung der postkommunistischen Übergangsgesellschaften auch methodologische Implikationen einschließt: Statt einer Überbetonung professioneller Standards für den politischen Werdegang der neuen »Berufspolitiker«, wie zum Beispiel ihrer spezialisierten Ausbildung als Juristen im Gegensatz zum »geisteswissenschaftlich-universellem« Bildungshintergrund der »moralischen Eliten«, sind für die »nachrückende« Generation Dimensionen wie Milieubindung, Loyalitäten aus Freundschaftszirkeln und »amoralischer Familialismus« (Tarkowski 1994) ebenfalls von Bedeutung, in der Regel noch entscheidender als für die Akteure der »ersten Generation« und die kommunistischen Machteliten. Aus den Protokollen von in jeweils zwei Regionen der drei Länder durchgeführten Interviews (mehrstündige Interviews auf der Grundlage eines Leitfadens mit biografisch-thematischen Schwerpunkten) lassen sich Schlussfolgerungen über die Beurteilung von Transformationsproblemen ziehen. Außerdem ergeben sich Anhaltspunkte für Beweggründe des politischen Engagements, die familiäre Orientierung, die Übergänge von Freundschaftszirkeln zu politischen Netzwerken, die in Haltungstypen zusammengefasst werden können, wie den folgenden:

1. Typ des *politischen Nomaden*, der eine Normalisierung der eigenen politischen Biografie durch Uminterpretation der Vergangenheit anstrebt;
2. Typ des *Geschichtsinterpreten*, der eine Aufwertung der eigenen Rolle durch Uminterpretation der eigenen und »konkurrierender« politischer Lebensverläufe unternimmt;
3. Typ des *aufstiegsorientierten Akteurs mit ökonomischen Visionen*, der Ungleichheit als Wettbewerbsmaßstab und »Norm« und vorwiegend Nutzenkalküle des politischen Handelns betont;
4. Typ des *populistischen Akteurs*, der in allen drei Ländern nicht den gängigen ideologischen Profilen von Parteieliten entspricht, sondern in unterschiedlichen Konstellationen auftritt;
5. Typ des *modernen Postkommunisten* mit politischen Orientierungen, für die Vergangenheit als Konstrukt familialer Milieus und Biografien wichtig sind.

Im nächsten Abschnitt werde ich diese ausgewählten Haltungstypen näher beleuchten.

1. Der Typ des politischen Nomaden

Zu dieser Gruppe zählen diejenigen Akteure, die im Unterschied zu anderen Elitenfraktionen, zur Überbetonung des Verhältnisses von Vergangenheit und Gegenwart tendieren, und zwar so weitgehend, dass Uminterpretationen von »1989« als historischer Zäsur unter Gesichtspunkten erfolgen, die bis zur Legenden- und Mythenbildung reichen. Eng damit verbunden ist die andere Tendenz, ökonomische und soziale Transformationsprobleme auszublenden oder mit identitätspolitischen Fragen zu vermischen – mit symbolischen Anleihen aus immer wieder beschworenen historischen, kulturellen und nationalen Traditionen: Gegen ein Übermaß an »ausländischen Investitionen« (katholisch-nationale Milieuparteien), Hervorhebung angeblich vernachlässigter nationaler Erinnerungskulturen (Günther Nooke, Vera Lengsfeld u.a.) oder Stärkung der tschechischen Identität (ODS-Politiker).

Häufig sind unter politischen Nomaden Akteure aus der »zweiten Reihe« der politischen Gegeneliten von 1989 zu finden (J. und L. Kaczynski, A. Macierewicz, V. Lengsfeld, G. Nooke, Repräsentanten der tschechischen ODS) und Politiker, die früher »sozialdemokratische« oder »laikale« Meinungspositionen vertreten haben. Der politische Werdegang kann Stationen in so unterschiedlichen Parteiallianzien wie »zentristisch«, konservativ und liberal-konservativ aufweisen oder in katholisch-»rechten« Einstellungen gipfeln (wie im Fall des prominenten Charta 77-Mitglieds Vacláv Benda). Das Symbol »rechts« steht mitunter im Kontrast zu den Schwierigkeiten, eine authentische konservative Parteienposition inhaltlich zu begründen: »Ein Vertreter der Rechtsparteien in Polen – der ich ohne jeden Zweifel bin – ist

verurteilt zu einer weitaus schwierigeren und gewiss wohl langwierigeren Suche nach der eigenen Gruppierung und der eigenen Identität« (Rokita 1998: 53). Mit den letzten Worten wird der Versuch einer Rechtfertigung der eigenen häufigen Parteiwechsel unternommen: Dem gewählten Selbstbild eines *wertorientierten* Politikers gemäß soll es sich um das Ergebnis einer konsequenten Suche der »reifen« politischen Identität handeln. Dabei lässt sich gerade am Fallbeispiel der politischen Karriere Jan Rokitas vom Mitglied der liberalen »Demokratischen Union« (DU) über die »Freiheits-Union« (UW), der »Wahlaktion Solidarność« (AWS), konservativ-rechter Milieu- und Mini-Parteien bis zur Schlüsselfunktion des Fraktionsvorsitzenden der liberal-konservativen »Bürgerlichen Plattform« (PO) der Prototyp des politischen Nomaden nachzeichnen.

Urteile über Transformationskonflikte, die sich zu Krisen des ökonomischen und sozialen Wandels ausgeweitet haben, wie Arbeitsmarktprobleme, Regierbarkeits- und Autoritätskrisen oder Korruption, werden von Repräsentanten dieses Milieus überwiegend durch den Rückgriff auf widersprüchliche Losungen und Ansätze unternommen, wie Traditionen der nationalen Kultur vermischt mit Elementen eines dezisionistischen Politikstils oder »Markts«. Beispiele sind Slogans wie »Beschleunigung« der Reformpolitik (Kaczynski-Brüder u.a.), »moralische Revolution« (Leitlinien der Wahlaktion Solidarnosc (AWS) in den Kampagnen über die Verfassungsänderungen und den Wahlkampf 1997 und Slogan der polnischen Aktenöffnungskampagne Januar 2005) oder Forderungen der neuen antikommunistischen Elitenfraktionen in der Tschechischen Republik. In Ostdeutschland konnte dieser Haltungstyp überwiegend mit Rahmendeutungen öffentliche Aufmerksamkeit erreichen, die in Feldern der Geschichtspolitik »von oben« liegen: zum Beispiel Bevölkerungsentwicklung und nationale Identität, nationale Erinnerung und »Diktaturerfahrungen«.

Gleichwohl spielen neben uninterpretierten nationalen Traditionslinien Motive des Machtopportunismus in allen drei Ländern eine Rolle, die »politische Nomaden« auf die Gegenwart als entscheidende Dimension des Handelns verweisen – stärker noch als dies in den deklarierten Selbstbildern von prominenten Akteuren nahe gelegt wird. So geht der Wechsel von Parteien und Verschiebungen der Symbole »konservativ« bis »rechts« einher mit ambivalenten Orientierungen, die sich in der Erzeugung von verbreiteten Slogans wie »nationale (...)« (V. Lengsfeld, G. Nooke u.a.), »Verteidigung der tschechischen Identität« (ODS-Politiker Topl), »Nizza oder der Tod« (Rokita) oder »Für Polen« (Rokita, Macierewicz u.a.) niederschlägt. In dieser Hinsicht gibt es Parallelen zum zweiten Haltungstyp, der als Typ des Geschichtsinterpreten klassifiziert werden soll.

2. Der Typ des Geschichtsinterpreten

Bei diesen Akteuren handelt es sich teilweise um radikalisierte Einstellungsmuster des politischen Nomaden. Genau genommen erheben diese Eliten-Akteure die Beschäftigung mit der Vergangenheit als Dimension politischer und kollektiver Biografien zur primären Quelle des politischen Selbstbilds und zur Bewertung von Transformationsproblemen (»Sinn« der Transformation). Sie bevorzugen nationale Selbst- und Fremdbilder, die auf einer Besonderheit beruhen: Es geht um ideologische Botschaften, die über dichotomische Sprachbilder in die massenmediale Öffentlichkeit transportiert werden und die alle Felder der Vergangenheitspolitik betreffen: »1989«, die Periode der »kommunistischen Diktatur«, Fragen der »nationalen Kontinuität« und der nationalen Geschichtstraditionen. Geschichtsinterpreten erhalten ihre Rolle in nationalen und konservativen Eliten-Milieus in allen drei Gesellschaften, in Polen und der Tschechischen Republik mitunter auch in den (neu formierten) Parteien der Linken (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens oder die PDS). Da Geschichtspolitik »von oben« ein Themenfeld berührt, das sich für unterschiedliche Mobilisierungskampagnen und aus unterschiedlichen Anlässen nutzen lässt, ist für Geschichtsinterpreten die Verbindung von Vergangenheit und Gegenwart nach dem *Muster symbolischer Politik* einfach zu formulieren: Die eigenen moralischen Erwägungen stehen im Zweifelsfall über dem Recht.

Die Ankündigung und die Weise der Veröffentlichung von Akten über angebliche Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes in Polen durch den damaligen Innenminister Macierewicz Ende Mai 1992 ließen erkennen, dass es sich um eine Mobilisierungsstrategie handelte, in der moralische Beweggründe angeführt, machtpolitische Ziele allerdings im Mittelpunkt standen. So wurden von Macierewicz innerhalb weniger Tage Konkurrenten aus der eigenen Partei, der Christlich-Nationalen Vereinigung (ZChN), als Agenten bloß gestellt (Vorsitzender Chrzanowski) oder Politiker anderer Strömungen »überführt« (Außenminister Skubizewski, L. Moczulski, KPN, Präsident Walesa), ohne dass die Vorwürfe durch die Akten belegt werden konnten (*Nony Świat* v. 6./7.6.1992: 1; *Gazeta Wyborcza* vom 5.6.1992). Die Bestrebungen der Befürworter einer Entkommunisierung, ein neues Feindbild zu erzeugen, gipfelten während der Schlussphase der konservativen Olszewski-Regierung in der Vorhersage, dass das »freie Vaterland« und die »Unabhängigkeit« Polens in Gefahr seien, wenn nicht der »Ballast« der kommunistischen Vergangenheit überwunden werde (*Nony Świat* vom 6./7.6.1992: 1). In Polen und der Tschechischen Republik wurde – im Unterschied zur ostdeutschen Debatte, in der nur von einzelnen Akteuren aus dem Milieu der Bürgerbewegungen in diese Richtung polemisiert wurde – auch eine Rahmendeutung verwendet, die zur Polarisierung und Mystifizierung der politischen Szene beitragen sollte: der Verdacht der »Kollaboration« mit der »fremden« ausländischen Macht: dem Sowjetregime. Angeblichen Kollaborateuren (wie 1992 Zdenek

Mlynar in der Tschechischen Republik, einem Repräsentanten des Reformkommunismus von 1968 und der Charta 77 oder pauschal der »Linken« in Polen) wurde auf diesem Weg die Zugehörigkeit zur nationalen Gemeinschaft aberkannt.

Historische Ersatz-Streitthemen sind kennzeichnend für die Vergangenheitsdebatten in den ersten Jahren nach 1989 und die »Lustrations«- und »Geheimdienstakten«-Debatten bis zur Gegenwart (Polen im Januar 2005). Die von den Akteuren verwendeten Slogans appellieren auf den ersten Blick an das unter den kommunistischen Regimes verletzte Gerechtigkeitsempfinden der Bürger und Bürgerinnen. Statt Aufarbeitung des moralischen Erbes des »Kommunismus« werden Konkurrenzkämpfe um politischen Einfluss betrieben. Diese Orientierung schlägt sich zum Beispiel in der Aufwertung und Uminterpretation der eigenen und »konkurrierender« politischer Lebensverläufe nieder. Rahmendeutungen der Vergangenheitspolitiken werden auf unterschiedlichem Niveau auch in den letzten Jahren immer dann von neuen politischen Eliten aufgenommen, wenn Probleme der sozialen Integration, ökonomische Strukturreformen oder außenpolitische Veränderungen die eingeschliffenen nationalen Selbstbilder in Zweifel ziehen.

3. Der Typ des aufstiegsorientierten Akteurs mit ökonomischen Visionen

Im Gegensatz zum *Geschichtsinterpreten* stehen Akteure, die den dritten Typ repräsentieren: den *aufstiegsorientierten Liberal-Konservativen*. Dieser Akteur erfüllt in mehrfacher Hinsicht die Rolle eines Prototyps der zweiten Generation, der seit 1992/93 in allen drei Übergangsgesellschaften an Einfluss gewinnt – bis zur Dominanz im Fall des tschechischen Elitenspektrums. Häufig agieren Elitenangehörige aus diesem Spektrum wie Politiker ohne eine eigene Biografie oder mit einem politischen Lebenslauf, der erst nach 1989 beginnt. Statt der Vergangenheit werden die Gegenwart und Zukunft als Zeitdimensionen überbetont. Die aufstiegsorientierten Liberal-Konservativen konkurrieren auch nicht mit anderen Elitenfraktionen in Fragen der Vergangenheitspolitik. Dieses Feld wird lediglich für einen bestimmten Zeitraum im politischen Wettbewerb genutzt – für Ziele der politischen Polemik, wie eine Meinungsäußerung des früheren tschechischen Ministerpräsidenten Václav Klaus belegt: Einen »dicken Strich« unter die Vergangenheit zu ziehen sei nicht möglich gewesen: »Vor unseren Augen tut sich ein Teil der neuen Machtelite (die »Charlisten«, ehemalige Achtundsechziger, H.F.) mit der ehemaligen kommunistischen Machtelite zu einem beeindruckenden politisch-ökonomischen Block zusammen« (zit. nach Smolar 1999: 86).

So haben in der Tschechischen Republik die Liberal-Konservativen (Demokratische Bürgerpartei, ODS) nach der ersten Welle der Entkommunisierungskapagnen Fragen der Vergangenheitsauseinandersetzung zurück gestellt und in Ostdeutsch-

land profilieren sich Liberal-Konservative unter anderen Vorzeichen, wie Wertorientierungen für Politik (A. Merkel, A. Vaatz, C. Nolte) oder »nationale« Rahmenbedingungen für Bildungspolitik (C. Pieper). Kennzeichnend für die *aufstiegsorientierten Akteure mit ökonomischen Visionen* sind vielmehr Ungleichheit als Wettbewerbsmaßstab und »Norm«, die auf die Gegenwart und Zukunft als primäre Dimensionen für Handlungsorientierungen gründen. In der Gruppe der Liberal-Konservativen spielt der Diskurs der jungen, »nachrückenden« Generation eine zentrale Rolle: Es geht um Karriereambitionen und Kalküle der Machtkonkurrenz, denen inhaltliche Fragen der Transformationspolitik untergeordnet werden. Der Transformationsprozess wird von Liberal-Konservativen in allen drei Ländern als abgeschlossen erklärt.

Das lässt sich an Interviewmaterialien aus der Tschechischen Republik und Polen gleichermaßen belegen. In Ostdeutschland treten diese Akteure wegen der Dominanz der westdeutschen Parteien unter anderen Vorzeichen auf (A. Merkel). In Polen hebt ein Befragter auf die »junge Generation« als Basis der liberal-konservativen »Bürgerlichen Plattform« (PO) ab, die sich 2001 als neue politische Sammlungsinitiative herausbildete: »Ja, das ist der Generationswechsel (...), wenn die jungen Leute die große Chance für ihre politische Karriere und Selbstverwirklichung (...)« nutzen (Interview Jry, Kattowitz, 2001).

Karriere und »Selbstverwirklichung« als Motive für das politische Engagement ohne Bezugnahme auf historische Kontexte, die in der jüngeren Vergangenheit (1989/90) von Bedeutung waren (Bürgersinn). Bei dem gegenwärtigen tschechischen Präsidenten Václav Klaus und ODS-Politikern aus der Altersgruppe der Vierzigjährigen vermischen sich Nutzenkalküle des politischen Rollenhandelns eines Liberal-Konservativen mit einem ausgeprägten Gespür für »volkstümlich« erscheinende Themen (»tschechische Identität«, »Verteidigung nationaler Interessen) und einem zynischem Umgang mit Affären (»Geld stinkt nicht«!), die das eigene politische Lager betreffen, wie der Korruptionsaffäre von 1997, die zum Sturz der Klaus-Regierung in Prag führte. Im Urteil von Akteuren aus dem Milieu der tschechischen Nicht-Regierungs-Organisationen wird das Dilemma der Liberal-Konservativen aufgezeigt: »Es ist unglaublich, dass diejenigen, die am meisten über das freie Unternehmen und über den freien Markt sprachen, am wenigsten Lust dazu hatten, das größte Hindernis in diesem Land zu beseitigen – die allgegenwärtige Korruption« (Interview p, Prag 2003). Im Fall Polens erscheint die angestrebte Verbindung von Absichten des Liberalismus mit Elementen nationaler Selbstbilder unzusammenhängend oder durch Motive der Wählermobilisierung beeinflusst, wie an politischen Slogans eines Repräsentanten der Liberalkonservativen »Bürgerlichen Plattform« (PO), D. Tusk ersichtlich wird: »Für Polen« lautete die zentrale Losung im Europa-Wahlkampf Mai/Juni 2004. Die machtorientierte Strategie der CDU-Vorsitzenden A. Merkel weist mehr Parallelen zu den »volkstümlichen« Positionen der

tschechischen und polnischen Liberal-Konservativen auf als in der deutschen Medien-Öffentlichkeit angenommen wird. Merkel verbindet häufig in appellativer Weise Bekenntnisse zum »patriotischen« Wir-Gefühl mit ökonomisch-liberalen Sichtweisen, die durch Bezug auf ihre Herkunft aus der »jüngeren« (ostdeutschen) Generation illustriert werden. Das Bekenntnis zu einer politischen Generationszugehörigkeit wird so auf das Selbstbewusstsein der Macht beschränkt: »Dazu gehört auch, dass ich als Parteivorsitzende sage, was geht und was nicht. Dazu fehlt es mir weder an Selbst- noch an Machtbewusstsein.« (Interview, *Die Zeit* v. 29.11.2001)

4. Der Typ des Populisten

Populistische Ersatzthemen waren im Machtspiel der neuen Eliten seit Anfang der neunziger Jahre immer dann von Bedeutung, wenn es darum ging von Entwicklungsproblemen der ökonomischen und der politischen Transformation abzulenken. Populistische Ersatzthemen werden in den letzten Jahren zunehmend mit dem Verweis auf einen angeblich hohen symbolischen Bedeutungsgehalt für die »nationale Gemeinschaft«, die »tschechische Identität«, den »Geist der Nation« (Polen), die »Menschen« (V. Klaus) oder die »Beschleunigung des Umbruchs« vorgetragen oder inszeniert. Der Haltungstyp des Populisten lässt sich unseren Materialien zufolge in drei Versionen genauer bestimmen: Erstens unideologischer Populismus; zweitens linker Populismus; drittens Populismus und nationale Orientierungen.

Die Verbindung populistisch-national wird von Politikern verkörpert, die nationale Gemeinschaftsvorstellungen als Horizont der Konkurrenz in der Gegenwart nutzen: durch Abgrenzung gegenüber vermeintlichen Protagonisten der Moderne, des politischen Liberalismus oder säkularer Traditionen. Im Hinblick auf allgemeine Interessen kann die Rolle des »nationalen« Abgeordneten darin bestehen, dass er oder sie sich als Repräsentanten des »Geists der Nation« definieren. Dabei können sich Elemente patriotischer und »volkstümlicher« Selbstbilder, kulturelle Traditionen und katholische Wertprämissen mit partikularen Interessenorientierungen verbinden.

Gemeinsam ist den gespaltenen politischen Eliten in Polen, dass ihre partikularen Zielorientierungen die Möglichkeit der Repräsentation von Gruppeninteressen ausschließt. Für die parteipolitische Arena in der Tschechischen Republik lässt sich festhalten: Die Berufung auf Themen der Vergangenheitspolitik in der Wahlkampagne 2002 von prominenten Akteuren der ODS und der Kommunistischen Partei ebenso wie durch den damaligen sozialdemokratischen Premier Zeman verdeutlichen, dass populistische Haltungen auf ganz unterschiedliche Verbindungen gründen können:

Der *Typ des linken Populisten*. Dieser Haltungstyp wird im Elitenspektrum aller drei Ländern durch prominente Akteure aus dem früheren kommunistischem Partei-Milieu (Oleksy), den sozialistischen (»Nachfolge«-)Parteien (Leszek Miller, Gregor Gysi) und der neu gebildeten tschechischen sozialdemokratischen Partei (M. Zeman) repräsentiert. Im Fall des früheren tschechischen Premier Zeman wird im Urteil von beteiligten Akteuren dessen Gespür für die Verbindung von Macht-orientierungen und populären Themen hervorgehoben: »Und Zeman hat der Sozialdemokratie einen ganz anderen Stempel aufgedrückt. Es war nicht zu übersehen, dass er die *Macht an sich reißen wollte*, ohne Rücksicht darauf, was er sich zuvor gedacht hatte und nun dachte (...) Es ist nicht zu bestreiten, dass er der Partei einen bestimmten Charakter gegeben hat.« (Interview Fi, Prag, 2001)

Der *Typ des unideologischen Populisten*. Dieser Haltungstyp tritt in unterschiedlichen Parteikonstellationen auf. So wurde die Spitzenkandidatin der sächsischen Grünen im Landestagswahlkampf 2004 als »einen richtig volksnahen Typ«, »eine von hier« vorgestellt (*Frankfurter Rundschau* vom 13. September 2004). Kennzeichnend für diesen Haltungstyp ist ein ausgeprägtes Selbstbild der Karriereorientierung (»Ich bin auch karriereorientiert«, Interview h Oktober 2001) und der Rollensicherung: »Nein, ich bin ein Mensch, der zu bestimmten Leuten immer eine gute Distanz einnimmt (...) Ich achte sehr darauf, dass ich immer einen gewissen Sicherheitsabstand habe, weil direkt am Baumstamm wächst ja nichts nach im Schatten.« (ebd.)

Gleichwohl wird auch an Wertprämissen des politischen Handelns für den Elitenwettbewerb festgehalten (keine »vermeuchelten« Gegner am »Wegrand« der eigenen Karriere). Die Vergangenheit erscheint als Horizont für die eigene politische Biografie unwichtig: »(...) und was habe ich mit Vera Lengsfeld oder mit Poppe zu tun? (...) Das gehörte ja auch nicht zusammen (...) (dass) ich nicht zehn, oder fünfzehn oder zwanzig Jahre vorher irgendwie immer mit einem Blick nach Bautzen geschickt habe. Das war ja biografisch gar nicht zusammengehörig« (Interview h, 2002). Das Engagement nach 1989 ist von Bestrebungen geprägt, die Bedeutung der »nachrückenden« Generation für die eigene politische Spezialisierung zu betonen.

5. Der Typ des »modernen« Postkommunisten

Die (post-)kommunistischen Parteien sind *nach innen* durch Herkunftsmilieus geprägt, die keine großen Wandlungen aufweisen. Das gilt jenseits politischer Trennungslinien wie »Traditionalisten« vs. »Reformer« in der Tschechischen Republik (Handl 2003) oder »Beton« und »Reformern« in Polen. Diese Beurteilung wird durch die Interviewmaterialien aus der Tschechischen Republik und Polen gestützt,

ebenfalls durch Befragungen ausgewählter Akteure der PDS. Übereinstimmend betonen die Akteure aus dem kommunistischen Parteilieu die Rolle des »Familialismus«, der über die Zäsur von 1989 hinaus für das politische Engagement einflussreich ist. So hebt ein Befragter aus einem klassischen Prager Arbeiterviertel hervor, dass es »etwas in meinem Inneren, vielleicht auch meine familiäre Situation« war. Und: »Beide Elternteile waren in der kommunistischen Partei. Vielleicht hatte ich es, wie man so schön sagt, im Blut« (Interview Z.Z., Prag 2001). Ein anderer befragter Akteur unterstreicht mit ähnlichen Worten familiäre Traditionen für die eigene Motivation, sich in der Kommunistischen Partei zu engagieren: »Das Verhältnis, das ich zu der Partei hatte, kam aus einem bestimmten familiären Umfeld, wo bereits die Großmütter und Großväter mit der Partei verbunden gewesen waren und es war gewissermaßen so ein natürlicher Weg« (Interview fh, Prag 2001). Familientraditionen spielten ebenso im Urteil von befragten jüngeren PDS-Akteuren eine maßgebliche Rolle für die parteipolitische Beteiligung: »Aufgrund meiner Erziehung, meiner Sozialisation habe ich mich links entwickelt und das habe ich in der PDS natürlich wiedergefunden, weil ich aber auch bei den Jungen Genossen aktiv gewesen bin. Ich bin ja nicht in der PDS als Partei in dem Sinne aktiv gewesen, sondern bei den Jüngeren.« (Interview m, 2002)

Unter inhaltlichen Gesichtspunkten ist aufschlussreich, dass von »modernen« Postkommunisten ausgegangen werden kann, sobald Dimensionen der Gerechtigkeit und sozialen Gleichheit politisch thematisiert werden, wie im Fall junger PDS-Akteure und Mitglieder der postkommunistischen SLD in Polen. Im politischen Urteil der zuletzt genannten Akteure ist die Anerkennung von sozialer Ungleichheit als regulativer Maßstab in der Gegenwart vorstellbar: »In den fünfzigern, als meine Eltern jung waren, gab es vielleicht diese Gleichheit wirklich. (...) Sogar meine Generation hatte diese Chancen nicht mehr. Jetzt gibt es diese gleiche Chancen überhaupt nicht, selbstverständlich reden die Sozialdemokraten viel darüber. Ich aber denke oft darüber nach, ob das überhaupt möglich ist.« (Interview Pa, 2001)

3. Vergleichende Gesichtspunkte zur Elitenkultur

Die intellektuelle Leistung von unterschiedlichen Angehörigen eines Generationszusammenhangs in den drei Übergangsgesellschaften, die in einem zeitlich begrenzten Abschnitt in der Übergangsphase agieren: den moralischen Eliten von 1989, kann im Anschluss an Karl Mannheim (1964: 517) bestimmt werden: nämlich unter dem Gesichtspunkt der Ungleichzeitigkeit als Merkmal des Generationszusammenhangs und unter dem anderen: des Nebeneinanders von unterschiedlichen Reaktionsweisen unterschiedlicher Jahrgänge auf ein kollektives Protestereignis wie

»1968«. Das erklärt auch die kulturelle Resonanz, die von einer neuen Generation und deren politischem Bewusstsein ausging: Im Milieu der Bürger- und Dissidentenbewegungen gelang nach 1968 über 1976/77 und 1980/81 bis 1988/89 die Synthese von kulturellen und politischen Traditionen der (nationalen) Unabhängigkeit, der Selbstorganisation und des Pluralismus. Im Konkurrenzkampf der Eliten verändert sich diese Position.

Im Unterschied zu Polen wurde in der Tschechischen Republik auf dem Weg der Vergangenheitsdebatten die moralische Autorität von Angehörigen der »Achtundsechziger«-Generation und der Charta 77 gleichermaßen abgewertet, die »Achtundsechziger« als politische Generationseinheit mit den »Kommunisten« in ein politisches Lager gerückt. Diese Bestrebungen für eine politische Uminterpretation von Opposition und Dissidenz finden in den Entkommunisierungskampagnen der katholisch-nationalen Milieuparteien in Polen bis in die Gegenwart (»Liga der polnischen Familien« und andere) Entsprechungen auf der Ebene politischer Polemik, zum Beispiel gegen den »Klub des krummen Kreises« (*Wprost* v. 23.1.2005). Gleichwohl konnte die Geschichte von Opposition, Dissidenz und Solidarność in der Öffentlichkeit Polens nicht abgewertet werden. In Ostdeutschland führten die Selbstverständigungsversuche von Akteuren aus dem Milieu der Bürgergruppierungen während der neunziger Jahre ebenfalls zu einem Perspektivenwechsel auf die eigene Geschichte, die Geschichte der DDR und »1968«, wie Selbstzeugnisse und Interviews mit neuen Akteuren verdeutlichen. Der Blick auf 1968 ist durch individuell-biografische Ereignisse bestimmt (Goertz 1999; Liebermann u.a. 1998). Von einer Generationserfahrung »1968« für die DDR auszugehen wäre allerdings im ostmitteleuropäischen Vergleich unzutreffend. Vielmehr handelte es sich offenbar in der DDR um ein generationsübergreifendes, mehrere Altersgruppen der Bevölkerung bestimmendes Grundgefühl: die Erfahrung in den eigenen Erwartungen an die Veränderungsmöglichkeit der politisch-gesellschaftlichen Lebensverhältnisse getäuscht worden zu sein (Interview e, April 2001). Dieses politische Grundempfinden scheint allerdings nicht von der nachrückenden »zweiten Generation« der neuen politischen Akteure in Ostdeutschland geteilt zu werden, die in den sechziger Jahren geboren worden sind. Diese Akteure, die heute vor allem im Umfeld der Grünen aktiv engagiert sind, formulieren eine Kritik, die die beanspruchten Selbstbilder und den »Familialismus« der »Achtundsechziger« in Zweifel zieht: »Gab doch keine 68er Bewegung in dem Sinne (...) ich nehme an, das war eine kleine familiäre Bewegung (...) Es gab bestimmt eine kleine Gruppe, die diese Sache sympathisierend wahrgenommen hat, aber sie hatte keine gesellschaftsweite Größe (...) Und sonst hätte das ja auf Leute wie mich in meiner Generation andere Einflüsse gehabt.« (Interview h, 2002)

Für die »zweite Generation« der neuen politischen Eliten kann ein Nebeneinander unterschiedlicher Haltungstypen und unterschiedlicher Altersgruppen festge-

stellt werden. Es fehlen aber Anhaltspunkte, die für eine gemeinsame politische Erfahrung als Generationszusammenhang sprechen, wie dies für die »moralischen Eliten« zutrifft. Daher kann genauer betrachtet von »zweiter Generation« nur unter formalen Gesichtspunkten ausgegangen werden. Die Angehörigen der neuen politischen Generation verbindet weder ein Gefühl der Zusammengehörigkeit einer Gemeinschaft noch eine geschichtliche Erfahrung. Vielmehr kann von einer eigentümlichen »Gestaltlosigkeit« ausgegangen werden: eine »Generation ohne Gesicht« (Gawin 1996: 86, 73).

Im Vergleich zu den vorgestellten Haltungstypen spielen *pragmatische Orientierungen* im Elitenspektrum der ausgewählten Untersuchungsregionen keine maßgebliche Rolle. Unterrepräsentiert ist im Feld der »zweiten Generation« der *Haltungstyp des politischen Reformers*. Dieser Befund überrascht, da in allen drei Übergangsgesellschaften die prägende Rolle pragmatischer Politiker für Strukturreformen offensichtlich ist (Spidla in der Tschechischen Republik, Belka in Polen).

Ein weiteres Ergebnis unserer vergleichenden Betrachtung betrifft Unterschiede im politischen Selbstbild: Unter Akteuren der »zweiten Generation« ist das Bewusstsein von Grundproblemen, die von den politischen Eliten gelöst werden sollten, nur schwach entfaltet. Darin ist ein fundamentaler Gegensatz zu den moralischen Eliten aus der Transitionsphase gegeben: 1989/90 war das Bewusstsein unter den neuen politischen Eliten in allen drei Gesellschaften stark verbreitet, zur Lösung allgemeiner politisch-gesellschaftlicher Aufgaben beizutragen, der neu entstehenden Bürgergesellschaft gegenüber verpflichtet zu sein und persönliche Ambitionen der Karrierebildung zurückzustellen.

Der Kampf um Symbole und politische Schlüsselwörter ist in den Milieus der »zweiten Generation« in Polen und in der Tschechischen Republik (immer noch) so stark verbreitet, dass Zweifel an der Übertragung der Professionalisierungs-These angebracht sind: Eine Ausbildung als Jurist oder Ökonom ist verbreitet, spielt aber in dem auf alte und neue Formen der Loyalitätssicherung gründenden Elitespektrum eine geringe Rolle. Worauf es im Elitenkampf ankommt, sind »enge persönliche Verbindungen«: Wer fühlt sich wem verbunden? Wer ist der Freund von wem?

Die andere Seite des Kampfs um Wörter, Hegemonie und Einfluss ist der Verzicht auf inhaltliche Perspektiven für politische und gesellschaftliche Integration. Die *mangelnden Praxisbemühungen* der neuen Eliten deuten ebenfalls in diese Richtung. *Inkompetenz* und »Halbbildung« (Lewenstein/Palska 2004) als zugeschriebene Merkmale des Elitenhandelns treten in der »zweiten Generation« deutlich zutage: Die Inkompetenz der »neuen politischen Klasse« zeigt sich in der mangelnden Auseinandersetzung mit Problemen der zukünftigen europäischen Integration. *Funktionelle Einstellungen* gegenüber den europäischen Fonds und »nationaler Egoismus« auf regionaler Ebene, Desinteresse und Misstrauen gegenüber Problemen der zukünftigen

gen europäischen Integration, die eingeschliffene nationale Semantiken relativieren könnte (Streit über die Präambel der europäischen Verfassung).

Im Fall der Vorbereitung der EU-Referenden war in beiden Ländern erkennbar, dass die Angehörigen der neuen Eliten weder über eigene Konzepte der Problemorientierung noch Ansätze zur Mobilisierung für europäische Themen verfügten. Dies gilt auch für die »nachrückende« Generation ostdeutscher Landespolitiker, die sich in »europäischer Rhetorik«, wie dem »Brückenschlag« nach Osten erschöpften (Interview p, 2001). Die Akteure der »zweiten Generation« entwickelten in den Europa-Debatten auch nicht die erforderlichen Maßstäbe, um Sachwissen und Problemorientierungen für die zukünftige politische und ökonomische Integration zu vermitteln. Die Europa-Debatten in beiden Ländern deuten in eine Richtung: nämlich dass die neuen parteipolitischen Eliten im Verhältnis zu den Bürgern nicht überzeugend für die europäische Integration eintreten, da sie selbst nicht von »Europa« als kultureller und politischer Perspektive überzeugt sind.

Dem Kampf um Symbole entspricht eine andere Tendenz, die alle Lager aus der »zweiten Generation« vereint: eine überbetonte Innenschau. Die meisten neuen Akteure sind mit innenpolitischen Affären, parteipolitischen Rivalitäten und Bestrebungen nach Personifizierung der Politik in einem solchen Maß beschäftigt (oder konfrontiert), dass programmatische (Weiter-) Entwicklungen der eigenen Politik oder institutionelle Lernerfahrungen keinen Stellenwert erhalten. So beginnt das politische Spiel der Intrigen, Animositäten und exzessiver Machtkonkurrenz immer wieder aufs Neue. Sachpolitik – ein Maßstab für Professionalisierung – steht hinter diesen Formen der Selbstbezüglichkeit zurück. Sich der staatlichen Institutionen für Zwecke der Besitzstandswahrung zu bedienen ist ein verbreitetes Muster. Übergänge zwischen Besitzstandswahrung und Korruption sind fließend, wie die Rolle von »Baronen« (Polen), regionalen Identitätspolitikern (Ostdeutschland) und lokalen Parteieliten (Tschechische Republik) verdeutlichen. Eine aggressive politische Rhetorik ist nicht nur im Lager der populistischen Parteien verbreitet; sie bildet das Bindeglied *einer postkommunistischen Mentalität*, die auf unreflektierten Verbindungen »nationaler Interessen« mit Identitätspolitik beruht. Fallbeispiele sind die »Rückkehr nationaler Interessen«, die in beiden Ländern (Polen, Tschechische Republik) mit dem Beitritt zur Europäischen Union 2004 im parteipolitischen Diskurs als Losung festzustellen ist.

Die neue und alte Rhetorik des »nationalen« Interesses steht in beiden Ländern im Gegensatz zu einem Sachverhalt, der jenseits der Selbstdarstellung politischer Eliten zu verorten ist: In den Stellungnahmen insbesondere der national-populistischen Politiker in beiden Ländern (Samoobrona, LPR, ODS) bleibt unklar, worin die Bedeutung eines erneuerten nationalen Denkens heute in Polen und in der Tschechischen Republik bestehen könnte – unter Rahmenbedingungen der Mit-

gliedschaft in der Europäischen Union: Was meint heute »patriotisch«? Worin besteht das »Polentum«, worin die »tschechische Identität«?

In diese Richtung deutet auch noch der in Polen und der Tschechischen Republik beschworene »Kampf gegen Korruption«, wie die Inszenierungsstrategien der neuen politischen Eliten in Polen (Rywin-Affäre) und der Tschechischen Republik (Ausinandersetzungen nach der Verstrickung der ODS in Finanzaffären 1997): Forderungen nach »Aufklärung« (»Rywingate«, Orlen-Affäre und andere) und die angekündigte Politik der »sauberen Hände« (sozialdemokratischer Premier Zeman) verdecken Tendenzen, die die Elitenkulturen in beiden Ländern (und in Ostdeutschland auf der kommunalen und regionalen Ebene) belasten: Statt der Aufklärung fungieren die Untersuchungsausschüsse einzelnen Elitenfraktionen als Bühnen für aggressive Polemik, Verdächtigungen, Anhörmethoden, die nur den Zweck der Diskreditierung der geladenen Personen aus dem konkurrierenden politischen Lager dienen. Auf diesem Hintergrund treten Parallelen im politischen Handeln und Stil zutage, die dem erklärten Selbstbild der neuen politischen Eliten entgegenlaufen: Der pathetisch beschworene Kampf gegen Korruption und die Verquickung alter und neuer Seilschaften bildet die Oberfläche. Unterhalb der Schwelle politischer Rhetorik und Polarisierung sind Tendenzen der informellen Verwischung von Politik und wirtschaftliche Aktivitäten in Polen und der Tschechischen Republik ersichtlich, die größere Übereinstimmungen im politischen Stil und der Elitenkultur zwischen der »zweiten Generation« und den kommunistischen Machteliten belegen als bisher angenommen wurde. Außer den Transitionseliten der ersten beiden Jahre (den Kabinetten Mazowiecki und Bielecki in Polen, der Regierung der nationalen Verständigung unter M. Čalfa in der Tschechoslowakei und der tschechischen Regierung unter P. Pithart) unterliegen Akteure aller nachfolgenden Regierungen (auch Mitglieder von Landesregierungen in Ostdeutschland: Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern) Tendenzen des Selbstinteresses und dem Verdacht der Bereicherung. Damit sind Korruptionsaffären gemeint, die sich in den ostdeutschen Ländern in Konstellationen, nicht jedoch im Stil von jenen in Polen und der Tschechischen Republik abhoben (Tendenzen der Bereicherung und Geldgier: von der Regierung Münch in Sachsen-Anhalt 1993/94 über mehrere Ministeraffären in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Sachsen bis zur »Biedenkopf«-Affäre in Sachsen 2000/2001).

Aus den bisherigen Überlegungen kann für Elitenwandel eine weitere Schlussfolgerung gezogen werden: Es lässt sich kein linear verlaufender Trend der Ablösung traditionaler, an Personen gebundener Autoritätsquellen zugunsten formal-rationaler Begründungen für politische Positionen im neuen politischen Kräftefeld feststellen. Im Gegenteil: In allen drei postkommunistischen Gesellschaften wird an politischen Entscheidungsprozessen und dem Handeln unterschiedlicher Elitenfraktionen erkennbar, wie sich traditionale und moderne Legitimationsmuster ver-

mischen; häufig in einem solchen Ausmaß, dass von der Wiederbelebung politischer Stile und Mechanismen aus der Spätphase des »Real-Sozialismus« (wie Patronage, Klientelismus und Korruption) in der neuen demokratischen politischen Kultur ausgegangen werden muß (Tarkowski 1994).

4. Schlussbemerkungen

Entgegen dem immer wieder reklamierten Selbstbild kompetenter und spezialisierter Politiker handelt es sich bei den meisten Akteuren aus den angeführten Milieus der »zweiten Generation« um Repräsentanten einer neuen politischen Klasse, die Zeichen intellektueller und politischer Schwäche gerade in der Beurteilung von Zukunftsproblemen zeigen, wie der Frage nach den Grundlagen einer politischen Union in Europa, dem Abschied von Mythen der »nationalen Gemeinschaft« und der zukünftigen Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen. Dieser Mangel an Problemorientierung verbindet sich bei zahlreichen Repräsentanten der neuen politischen Eliten mit einem *Mangel an Gesprächs- und Verhandlungskultur*, der nicht nur der raschen Karriere geschuldet ist, sondern auch das negative Ergebnis von Polarisierungen und exzessiver Machtkonkurrenz darstellt. Inkompetenz und »Halbbildung« (Lewenstein/Palska 2004) als zugeschriebene Merkmale des Elitenhandelns treten in der »zweiten Generation« deutlich zutage: Ideologische Definitionen der Situation, die Unfähigkeit, tragfähige Kompromisse zu schließen und der verbreitete Hang zur instrumentellen Verwendung historischer Stereotypen (Tschechische Republik: »EU – eine neue Gestalt der Hegemonialmacht Deutschlands in Europa«, Polen: »wollen nicht Sklaven der Deutschen sein (...)«) überlagern nach den positiven Ergebnissen der EU-Referenden durch die Bürger/innen auch noch die Kontroversen im Feld der europäischen Verfassungspolitik. Das Festhalten an uninterpretierten christlichen Werten als Grundlagen der Präambel und die Neuauflage europäischer »Staatenbund«-Metaphern stellen die eine Seite der Europapolitik einflussreicher Elitenfraktionen in Polen und der Tschechischen Republik dar. Die andere Seite des Horizonts der neuen politischen Eliten besteht in einer funktionalen Grundorientierung, ambivalenten Auffassungen über die Rolle des Rechts und einem nach außen gewendeten Machtopportunismus gegenüber der EU, der sich vielleicht kurzfristig mit Nutzen-Kalkülen des Elitenspiels in Einklang bringen lässt, nicht aber mit den gestiegenen Erwartungen an eine Öffnung des politischen und gesellschaftlichen Raums durch die EU-Integration, die von den jüngeren Altersgruppen in Polen und der Tschechischen Republik ausgedrückt werden. Sachpolitik und die Suche nach programmatischen Alternativen werden vernachlässigt. Pluralismus und Toleranz als demokratische Verfahrensregeln und Normen werden in

der parteipolitischen Arena Polens und der Tschechischen Republik von Seiten der neuen politischen Eliten häufig polemisch abgewertet. So gesehen ergibt sich ein zwiespältiges Bild über die politische Kultur der »zweiten Generation«: Die in der westlichen Wahl- und Parteienforschung bevorzugte Sichtweise der *konsolidierten Demokratie* verfehlt die Entwicklungsprobleme der gespaltenen Eliten und schwachen Parteien in Polen. Auch für die Interpretation der Elitenkultur in der Tschechischen Republik ist die Annahme der konsolidierten Demokratie nur unter formalen Gesichtspunkten plausibel. In Ostdeutschland scheinen mit dem Transfer des westdeutschen Parteiensystems institutionelle Garantien für die Durchsetzung der parlamentarischen Demokratie gegeben. Gleichwohl ist auch die ostdeutsche Kommunal- und Regionalpolitik durch Mängel der politischen Kultur geprägt, die sich in wiederkehrenden Wellen von Fremdenfeindlichkeit und dem Hang zum Rückzug auf künstlich erzeugte ostdeutsche Wir-Identitäten niederschlagen, die nicht nur zum Repertoire der PDS zählen. Auch in den politischen Urteilen von Akteuren der »nachrückenden« Generation finden sich die Bereitschaft, vom »kulturellen Anderssein« der Ost-deutschen auszugehen, wenn es genauer betrachtet um die Verteidigung von finanziellen Besitzständen gegenüber dem (west-)deutschen Sozialstaat geht.

Literatur

- Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke u.a. (1997), *Eliten in Deutschland*, Opladen.
- Eyal, Gil/Szeleny, Ivan u.a. (1998), *Making Capitalism Without Capitalists – Class Formation and Elite Struggle in Post-Communist Central Europe*, London/New York.
- Frentzel-Zagórska, Janine/Wasilewski, Jacek (Hg.) (2000), *The Second Generation of Democratic Elites in Central and Eastern Europe*, Warsaw.
- Fehr, Helmut (2003), »Wir versus »Sie«. Selbst- und Fremdbilder neuer politischer Eliten in Polen, der Tschechischen Republik und Ostdeutschland«, in: Hradil, Stefan/Imbusch, Peter (Hg.), *Oberschichten – Elite – Herrschende Klasse*, Opladen, S. 401–422.
- Fehr, Helmut (2003), »Krisen des Übergangs«, in: Waldmann, Peter (Hg.), *Diktatur, Demokratisierung und Anomie*, München, S. 387–408.
- Fehr, Helmut (2004), »Eliten und Zivilgesellschaft in Ostmitteleuropa – Polen und die Tschechische Republik (1968–2003)«, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 5-6, S. 48–54.
- Gawin, Dariusz (1996), »Generation ohne Gesicht – Über die neue politische Generation in Polen«, *Transit*, H. 11. H.11, S. 73–86.
- Goertz, Joachim (1999), *Die Solidarische Kirche in der DDR*, Berlin.
- Handl, Vladimir (2005), »Choosing between China and Europe? Virtual Inspiration and Policy Transfer in the Programmatic Development of the Czech Communist Party«, *Journal of Communist Studies and Transition Politics*, Jg. 21, H. 1, S. 123–141.

- Highley, John/Kullberg, Judith/Pakulski, Jan (1996), »The Persistence of Postcommunist Elites«, *Journal of Democracy*, Jg. 7, S. 133–147.
- Lewenstein, Barbara/Palska, Hanna (2004), »Organizacje pozarządowe na scenie publicznej Polski okresu transformacji: dynamika rozwojowa i relacje z władzą – analiza badań jakościowych«, in: Gliniński, Piotr u.a., *Samoorganizacja społeczeństwa polskiego: III sektor i wspólnoty lokalne w jednoczącej się Europie*, Warszawa, S. 80–105.
- Liebermann, Doris/Fuchs, Jürgen/Wallat, Vlasta (Hg.) (1998), *Dissidenten, Präsidenten und Gemüsehändler*, Essen.
- Mannheim Karl (1964/1928), »Das Problem der Generationen«, in: ders., *Wissenssoziologie*, Neuwied/Berlin, S. 509–565.
- Rokita, Jan M. (1998), »Warum ich kein Sozialdemokrat wurde«, *Ansichten – Jahrbuch des DPI Darmstadt*, Bd. 9, Wiesbaden, S. 53.
- Scherzer, Landolf (2000), *Der Letzte*, Berlin.
- Smolar, Aleksander (1999), »Vergangenheitspolitik nach 1989«, *Transit*, H. 18/Winter 1999–2000, S. 102–117.
- Tarkowski, Jacek (1994), »Amoralny familizm, czyli o desintegracji społecznej w Polsce w lat siedemdziesiątych«, in: Tarkowski, Jacek (Hg.), *Socjologia świata polityki*, Warszawa, tom. 1, S. 263–281.
- Vecerník, Jiri /Matjcu, Petr (1999), *Ten Years of Rebuilding Capitalism. Czech Society after 1989*, Praha.
- Wedel, Janine R. (Hg.) (1992), *The Unplanned Society – Poland During and After Communism*, New York.
- Wasilewski, Jacek/Wnuk-Lipinski, Edmund (1995), »Poland: Winding Road from Communist to the Post-Solidarity Elite«, *Theory and Society*, Jg. 24, H. 5, S. 669–696.